

Antrag Nr. 1

**der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern]
an die 7. Vollversammlung der XV. Funktionsperiode am 12. 5. 2017
der Arbeiterkammer Niederösterreich**

Baustelle Leiharbeit

Die Arbeitskräfteüberlassung nimmt stetig zu, ja ist der im Ganzen genommen seit Jahren am schnellsten wachsende Wirtschaftsbereich Österreichs und erreichte mit Ende Jänner 2017 abermals ein Plus von 9,8% gegenüber Jänner 2016.

Gleichzeitig vollzog sich ein auch seitens der Gewerkschaften und Arbeiterkammer vielfach konstatiertes „Funktionswandel“. Ursprünglich mit dem Argument der kurzfristigen Abdeckung der Produktionsspitzen eingeführt, mutiert die Leiharbeit – neben der mittels ihres Einsatzes möglichen Umgehung gültiger KV-Regeln (z.B. Kündigungsfristen) und üblichen Tricksereien – immer mehr zur langfristigen Überlassung als strategisches Instrument der Personalplanung, der „Bilanzkosmetik“ (Sachaufwand statt Personalaufwand), sie dient dazu den Aufnahmestopp im öffentlichen Dienst auszutarieren oder macht heute als „Payrolling“ Karriere.

Das drückt sich auch in den Überlassungszeiträumen aus. Waren etwa 2003 noch 21% der LeiharbeiterInnen länger als ein Jahr überlassen, so ein Jahrzehnt später bereits 35% (2013) – Tendenz steigend. Keinesfalls kann hier also mehr von einer Abdeckung von kurzfristigen Produktionsspitzen gesprochen werden.

Diesem „Funktionswandel“ entsprechen zugleich massive sektorale Verschiebungen der Leiharbeit. Denn so von einer „Abdeckung der Produktionsspitzen“ die Rede ist, wird davon ausgegangen, dass sich Leiharbeit auf die Industrie konzentriert. Tatsächlich waren im Jahr 2000 noch über 50% der überlassenen Arbeitskräfte in der Industrie im Einsatz. Mittlerweile haben Gewerbe, Handwerk und Dienstleistungen den Industriesektor allerdings schon des längeren überflügelt und abgelöst: auf den Sektor Industrie entfallen seit Jahren nur mehr zwischen 38% und knapp 40% der Überlassungen.

Zu alledem fehlen trotz AÜG zudem jedwede gesetzliche Höchstausmaß-Regelungen der Leiharbeit (sowohl die Dauer ihres Einsatzes wie ihres prozentuellen Ausmaßes der Beschäftigten betreffend).

Deshalb beschließt die Vollversammlung der Arbeiterkammer Niederösterreich:

- *Die AK Niederösterreich fordert das Recht auf Übernahme von überlassenen Arbeitskräften in die Stammebelegschaft nach sechs Monaten.*
- *Die AK Niederösterreich fordert ein Verbot der profitorientierten Leiharbeit in der Privatwirtschaft. D.h.: Arbeitskräfteüberlassung, solange nicht überhaupt zurückgedrängt, unter einem staatlichen Monopol, das ausschließlich Produktionsspitzen abdeckt!*

- *Die AK Niederösterreich fordert auf Perspektive eine gänzliche Überwindung der Leiharbeit.*